

«Das nächste Heimspiel findet kaum unter den gleichen Bedingungen statt»

FUSSBALL Nach den Ausschreitungen beim Spiel FC Thun - FC Aarau stellt sich die Frage: Was unternimmt die Stadtregierung als Bewilligungsbehörde? Sicherheitsvorsteher Peter Siegenthaler sagt: «Wir überlegen uns intensiv, ob wir punkto Auflagen für Fussballspiele nun zulegen müssen.»

«Was in Thun mit dem Hooligan-Konkordat passiert, hängt vom Verhalten der Fans ab.» Das sagte der Thuner Sicherheitsvorsteher Peter Siegenthaler im März im Interview mit dieser Zeitung. Die Idee des SP-Gemeinderats war, zu Beginn der neuen Saison «den Zähler quasi auf null zu stellen» – und vorderhand so weiterzufahren wie in der Vorsaison. Sprich: ohne zusätzliche Auflagen für die Fussballspiele des FC Thun, wie sie das Hooligan-Konkordat möglich macht (vgl. Kasten «Hooligan-Konkordat»).

Nachdem die ersten Heimspiele in der Stockhorn-Arena ohne grössere Zwischenfälle über die Bühne gegangen waren, hat sich die Situation am letzten Samstag verändert. Die Polizei musste im Rahmen des Spiels zwischen Thun und Aarau (0:0) gleich mehrmals eingreifen: Der Fanmarsch der Aarau-Anhänger zum Stadion wurde zum Teil nicht über die abgesprochene Route geführt, zudem wurde eine Passantin von zwei Personen angegriffen. Während des Spiels zündeten Fussballfans im Heimsektor Rauchpetarden und eine Knallpetarde – ein Kind musste in der Folge von einem Arzt kon-

trolliert werden. Und schliesslich gerieten nach dem Match beim Bahnhof Thun Supporter der beiden Teams aneinander (vgl. Ausgaben von gestern und vorgestern).

Siegenthaler: «So haben wir uns das nicht vorgestellt»

«Leider hat sich spätestens bei diesem Match gezeigt, dass sich gegenüber früheren Vorfällen

nicht wahnsinnig viel verändert hat», sagt Gemeinderat Siegenthaler. Er stelle fest, dass immer noch viele Pyros abgebrannt werden – sowohl im Gäste- wie auch im Heimsektor – und dass einige «Fans» verummmt sind, «was die Täteridentifikation schwierig macht». Siegenthaler betont: «So haben wir es uns nicht vorgestellt.» Und wie reagiert nun die Stadt als Bewilligungsbehörde auf die jüngsten Vorkommnisse? «Wir überlegen uns intensiv, ob wir punkto Auflagen für Fussballspiele nun zulegen müssen.» Das könnte etwa bedeuten: strengere Eingangskontrollen im Stadion,

«Ich überlege mir, welche Anträge ich dem Gesamtgemeinderat stellen werde.»

Peter Siegenthaler

ein Verbot der Fanmärsche, eine Schliessung bestimmter Sektoren in der Arena, eine Spielabsage als Ultima Ratio. Wobei Siegenthaler bewusst ist, dass jede Auflage Auswirkungen hat – «eine Eskalation möchte ich nicht»,

sagte der Sicherheitsvorsteher schon im März zum Thema mögliche Spielabsagen.

Im Fall eines Verbots des Fanmarsches müssten die Gästesupporter zwingend die am Bahnhof bereitstehenden STI-Busse besteigen – «wird diese Transportmöglichkeit nicht benützt, wird der Gang ins Stadion verhindert». Dafür wäre ein entsprechendes grosses Polizeiaufgebot vonnöten.

Für nächstes Heimspiel im Gespräch mit der Polizei

Am Sonntag, 23. November, um 16 Uhr wird der FC Thun das

nächste Mal zu einem Wettbewerbsspiel in der Stockhorn-Arena antreten – im Derby gegen die Berner Young Boys. Konkrete Entscheide hat die Thuner Regierung im Hinblick auf diesen Match bisher nicht gefällt. «Wir sind im Gespräch mit der Kantonspolizei. Und ich überlege mir, welche Anträge ich dem Gesamtgemeinderat stellen werde», erklärt Sicherheitsvorsteher Siegenthaler. Und er fügt an: «Es ist nicht davon auszugehen, dass das Derby unter den gleichen Bedingungen wie die bisherigen Spiele stattfinden wird.»

Michael Gurtner

REAKTION FC THUN

Lüthi: «Es liegt auch am Vollzug»

«Ich verurteile den Fall in aller Schärfe, aber wir reden erst über den zweiten Pyrovorfall in dieser Saison, den FC-Thun-Anhänger zu verantworten haben. **Unüberlegter Druck löst das Problem nicht**, sondern verschärft es», stellt FC-Thun-Präsident Markus Lüthi auf Anfrage fest. Und: «Ich werde weiterhin eng mit den Stadtbehörden und der Polizei zusammenarbeiten und **fordere, dass die Polizei Vermummte oder Personen, welche Sachbeschädigungen begehen, jeweils umgehend festnimmt.**» Wie bis anhin werde man entsprechende

Videoaufnahmen aus der Arena der Polizei übergeben.

In der letzten Zeit **habe der FC Thun 15 fehlbare Personen angezeigt**, in der Mehrheit der Fälle habe die Justiz von Sanktionen abgesehen. «Es liegt also auch am Vollzug», so Lüthi. Übrigens habe er sich letzten Samstag sofort nach dem Knall in den Fanssektor begeben, danach sei nichts mehr passiert. Man werde nun das Gespräch mit der Fanorganisation des FC Thun suchen und deren Mitglieder **auffordern, die Namen der schwarzen Schafe offenzulegen.** sgt

HOOLOGAN-KONKORDAT

Klares Ja im Kanton Bern zu Verschärfungen

Am 9. Februar sagten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Kanton Bern klar Ja zur Verschärfung des Hooligan-Konkordats: 78,2 Prozent stimmten zu, in der Stadt Thun waren es sogar 80 Prozent.

Die wichtigsten Änderungen, die das neue Hooligan-Konkordat mit sich bringt, auf einen Blick:

• **Bewilligungspflicht** Die Gemeinden können die Bewilligung von Fussball- und Eishockeyspielen künftig an Auflagen knüpfen.

• **Kombitickets** Die Gemeinden können verfügen, dass Tickets für den Gästesektor nur in Kombination mit den Fahrkarten für den Charterbus oder -zug angeboten werden. So sollen unerwünschte Fanmärsche unterbunden werden.

• **Alkoholverbot** Die Gemeinden können bei Spielen der Risikostufe Rot über ein Alkoholverbot im und um das Stadion verfügen.

• **Abtasten am Körper** Die Behörden können private Sicherheitsunternehmen, die vom Veranstalter mit den Zutrittskontrol-

len und den Fantransporten beauftragt sind, ermächtigen, Besucher über den Kleidern durch Personen gleichen Geschlechts am ganzen Körper abzutasten. Dies unabhängig von einem konkreten Verdacht.

• **Ausweispflicht** Die Behörden können anordnen, dass Besucher beim Besteigen von Fantransporten oder beim Zutritt zu Sportstätten den Identitätsausweis vorweisen müssen und dass sichergestellt wird, dass keine Personen eingelassen werden, die mit einem Stadionverbot belegt sind. *cl/ma/mik*

«Arbeitsstellen und Ausbildungsplätze sind gefährdet»

PAUSCHALSTEUER Die Gemeindepräsidenten von Grindelwald, Matten und Saanen beziehen Stellung gegen die Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Neben der Angst um Steuereinnahmen führen sie die Sorge um Arbeitsplätze ins Feld.

«Die Pauschalsteuer ist keine ungerechte Steuer», erklärte Emanuel Schläppi und versuchte gleich das Hauptargument der Befürworter der eidgenössischen Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» zu entkräften. Der Gemeindepräsident Grindelwalds war einer der drei Referenten an der Pressekonferenz im Schlosshotel Thun. Dazu hatte die IG Arbeitsplätze im Berggebiet unter dem Titel «Das Berner Oberland akzeptiert keinen weiteren Schaden» geladen.

«Wir sollten froh sein, dass das aktuelle kantonale Steuergesetz die Möglichkeit vorsieht», erklärte Schläppi. Er würde es vorziehen, wenn der Name der Steuer geändert würde, denn die Bezeichnung Pauschalbesteuerung werde ihr nicht gerecht. «Es handelt sich nämlich nicht um eine Pauschale im eigentlichen Sinne, sondern um eine Steuer, die nach objektiven Kriterien berechnet wird und auf dem Lebensaufwand von vermögenden Ausländern basiert, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, hier aber keiner Erwerbstätigkeit nachgehen.»

Angst um Arbeitsplätze

Schläppi betonte, dass seine Ablehnung nichts mit pauschal besteuerten Einwohnern Grindelwalds zu tun habe. Noch weniger stark betroffen ist Matten, die Gemeinde, die der zweite Referent Peter Aeschmann präsidiert. Mit seinem Unternehmen könne er Aufträge im Saanenland



Sie setzen sich gegen die Abschaffung der Pauschalbesteuerung ein (v.l.): Emanuel Schläppi (Grindelwald), Peter Aeschmann (Matten), Albert Bach (Saanen) und Grossrätin Anne Speiser (Geschäftsführerin IG Arbeitsplätze im Berggebiet).

Samuel Günter

übernehmen, die wohl ohne pauschal besteuerte Personen nicht zustande kämen. «Es ist zu beobachten, wie morgens Hunderte Autos ins Saanenland fahren und am Abend wieder zurück.» Das zeige, wie die gesamte Region Berner Oberland profitiere.

Aeschmann betonte, dass die Abschaffung nicht nur Steuerausfälle zur Folge hätte. «Es würden Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft und damit auch Ausbildungsplätze gefährdet», erklärte er. «Bei jedem Arbeitsplatzverlust verlieren wir an Attraktivität. Abwanderungen von Betrieben und somit auch von Familien im Berggebiet verhindern eine nachhaltige Entwicklung.»

Viele Beiträge

Mit Albert Bach, Vizegemeindepräsident von Saanen, nahm ein Vertreter der Gemeinde mit am Abstand meisten Pauschalbesteuerten Stellung. Auch er betonte die Bedeutung dieser Personen

nicht nur als Steuerzahler, sondern als Auftraggeber für Handwerker, als Bauherren oder als Konsumenten. «Und nicht zuletzt treten zahlreiche pauschal besteuerte Personen als Mäzenen bei der Erhaltung touristischer Infrastrukturprojekte und bei kulturellen oder sportlichen Veranstaltungen auf.» Diese wiederum hätten einen positiven Effekt auf den Tourismus und das einheimische Gewerbe.

Zweitwohnungsinitiative

Als schlechtes Beispiel wurde die Zweitwohnungsinitiative herangezogen. Da habe die Mehrheit im Unterland die negativen Auswirkungen auf die Berggebiete unterschätzt. Bach spricht von «einschneidenden und nachhaltigen Konsequenzen». So hätten im Lehrbetrieb seines Sohnes – einem Bauunternehmen – Personen entlassen werden müssen, weil die Aufträge um bis zu 30 Prozent zurückgegangen seien. «Die Zweit-

wohnungen haben wir ja nicht für uns gebaut, sondern für die Gäste aus den Städten, die bei uns im Berggebiet ihre Ferien verbringen wollen.» Dies sei jetzt nicht mehr möglich. «Ein Eigentümer also», sagte Bach. «Ein Eigentümer könnte auch die Abschaffung der Pauschalbesteuerung sein. In den Kassen von Gemeinden, Kanton und Bund würden Steuerfranken fehlen, und diese Gäste würden nicht mehr bei uns wohnen, investieren und konsumieren.» Aeschmann und Schläppi erklärten, dass sie keineswegs Saanen missgünstig gegenüberstünden. «Wir sind solidarisch zu Gemeinden, die pauschal besteuerte Personen haben», sagte Aeschmann. «Wir sind solidarisch, weil auch wir profitieren. Wir sind solidarisch, weil sich vor allem der Kanton Bern keinen Steuerverlust leisten kann.»

Nicht mit Zürich vergleichen

Aeschmann gibt zu, dass man im Raum Zürich mit der Abschaffung

der Pauschalbesteuerung keine negativen Erfahrungen gemacht habe. «Es wäre aber ein Trugschluss, das Oberland mit dem Wirtschaftsraum Zürich, der ganz andere Möglichkeiten hat, zu vergleichen.» Es sei richtig, diese Frage in die Hoheit der Kantone zu geben.

Aktiv beteiligten sich Saanen, Gsteig, Lauenen, Lenk, St. Stephan, Zweisimmen, Boltigen, Oberwil, Diemtigen, Frutigen, Wimmis, Oberhofen, Matten, Grindelwald und Iseltwald an der Medienorientierung. Das heisse nicht, dass die anderen rund 70 Gemeinden die Stossrichtung nicht unterstützten, erklärte SVP-Grossrätin Anne Speiser, Geschäftsführerin IG Arbeitsplätze im Berggebiet. Bach erklärte, dass man sich innerhalb der Bergregion Obersimmental-Saanenland einig sei. Auch in der Geschäftsleitung der Regionalkonferenz Oberland-Ost, wo Schläppi und Aeschmann Mitglied sind, sei die

Initiative diskutiert worden. Die Ablehnung sei einhellig gewesen, sagte Schläppi. Allerdings werde die Regionalkonferenz selbst nicht aktiv. «Das gehört nicht zu ihren klar definierten Aufgaben.»

Wirkliche Summe ist unklar

In ihrem Fazit rief Anne Speiser zum Mut auf, sich zu einem internationalen Steuermarkt zu bekennen. «Auch unsere Nachbarn kennen eine Pauschalsteuer, und es gibt keinen internationalen Druck, sie abzuschaffen.» Speiser beziffert die möglichen Steuerausfälle auf Gemeindeebene schweizweit auf 180 Millionen Franken. So viel würden die Gemeinden bis jetzt daran verdienen. Ob eine allfällige Abschaffung wirklich zum Verlust dieser Summe führen oder ob dies eventuell kompensiert würde, kann sie nicht sagen. «Das wäre Kaffeesatzlesen.» *Samuel Günter*

Mehr zum Thema auf Seite 12 + 13